



21. Energierechtstag Rückschau und Ausblick Rechtsprechung des 3. Kartellsenats

Anne-Christin Frister

Sektoraler Produktivitätsfaktor Strom (Xgen)

Senat - Beschlüsse vom 16.03.2022

- Xgen Strom: für die 3. Regulierungsperiode festgelegt auf **0,90 %** (BK4-18-056, 28.11.2018)
 - Xgen Gas festgelegt auf 0,5 % - bestätigt durch BGH (Beschl. v. 26.01.2021)
 - Xgen Gas 4. Regulierungsperiode eingeleitet
- dagegen gerichtete Beschwerden von nahezu allen Netzbetreibern
- Insgesamt 21 Musterverfahren von 7 Kanzleien – Verhandlung am 09.12.2021
- **Teilerfolg** der Beschwerden; Aufhebung und Verpflichtung zur erneuten Entscheidung

Sektoraler Produktivitätsfaktor Strom (Xgen)

- Senat hat die Auswahlentscheidung hinsichtlich des als Deflator für die Umsatzerlöse bei der Ermittlung des Outputs nach der **Törnqvist-Methode** herangezogenen sog. Monitoring-Index beanstandet
- § 9 Abs. 3 S. 2 ARegV: Ermittlung Xgen unter **Einbeziehung der Daten von Netzbetreibern** für einen Zeitraum von **mindestens vier (ggfs. mehr) Jahren**
- Einbeziehung des Jahres **2006** in den zugrunde gelegten **Betrachtungszeitraum 2006 – 2017** (sog. Stützintervall) rechtsfehlerhaft

Bezugsgröße des Kommunalrabatts

Beschl. v. 29.09.2021, VI-3 Kart 210/20 u.a.

- Kommunalrabatt (§ 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 KAV) darf nur auf das Entgelt für den Netzzugang, d.h. den Arbeits-, Leistungs- und Grundpreis gewährt werden
 - nicht auch auf weitere, mit dem Netzzugang lediglich in Zusammenhang stehende Rechnungsbestandteile
 - wie Abgaben, Umlagen und Entgelte für den Messstellenbetrieb, Messung und Abrechnung gewährt werden
 - Letztere können jedenfalls deshalb nicht erlösmindernd bei der Bestimmung der erzielbaren Erlöse nach § 5 Abs. 1 S. 1 ARegV berücksichtigt werden.
- Umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage: Nettowert des Rechnungsbetrages für den Netzzugang

Qualitätsregulierung

Senat, Beschl. v. 06.10.2021 (VI-3 Kart 749/19)

- Festlegung Q-Element 2019/2020: Ermittlung des **Regressionskoeffizienten c auf 1,1816** nicht zu beanstanden
 - Festlegung außerhalb der bislang aus ingenieurwissenschaftlicher Sicht als plausibel diskutierten Bandbreite von **0,5 bis 1**
 - statistisch nur geringfügige Überschreitung des modelltheoretisch ermittelten Erwartungsbereichs
 - Überschreitung ingenieurwissenschaftlich noch plausibel
 - Rückführung des Regressionskoeffizienten c in den Erwartungsbereich nicht deutlich überlegen

Preisobergrenze für Regelarbeit

Senat, Beschl. v. 24.11.2021 (VI-3 Kart 49/21)

- Herabsetzung der in § 38 Abs. 4 (i) der Modalitäten für Regelreserveanbieter (MfRRA) festgelegten Preisgrenze **für Regelarbeit** von **99.999,99 EUR/MWh** auf **9.999 EUR/MWh** ohne vorherige Konsultation
- keine Ermächtigungsgrundlage für Eingriff in die Preisbildung
- Art. 5 Abs. 4 lit. c) iVm Art. 18 Abs. 1 lit. a) EB-VO: nur Ermächtigung der nationalen Regulierungsbehörde zur **Genehmigung** der von den ÜNB entwickelten Modalitäten oder Methoden, keine **einseitige Festlegungs- oder Änderungskompetenz**

Kontroll- u. Eingriffsbefugnisse RegKonto

Senat, Beschl. v. 22.12.2021, VI-3 Kart 158/20 u.a.

- im Rahmen des Verfahrens zur Genehmigung des von dem Netzbetreiber ermittelten Saldos (§ 5 ARegV) darf die BNetzA überprüfen, ob die **Anpassung der EOG rechtskonform** vorgenommen worden ist
- entsprechend der materiellen, zum Zeitpunkt der Anpassung bestehenden gesetzlichen und behördlichen Vorgaben
- richtige **Fortschreibung des Kostenansatzes** der festgesetzten EOG und **richtige Umsetzung der Vorgaben** für die **Vornahme der Anpassungen**
- dagegen keine Ermächtigung zur **nachträglichen** Anpassung einer bestandskräftig festgelegten EOG durch materiell-rechtliche Korrektur eines dort festgesetzten Kostenansatzes

Europäische Personalkosten

Senat, Beschl. v. 10.08.2022 (VI-3 Kart 103/21)

- ÜNB wurden durch europäische Leitlinien und Netzkodizes zahlreiche neue Aufgaben auferlegt, die seit dem Jahr 2016 die Einstellung neuer Mitarbeiter erforderten
 - VO (EU) 2015/1222 Kapazitätsvergabe u. Engpassmanagement
 - VO (EU) 2016/1719 Vergabe langfristiger Kapazität
 - VO (EU) 2017/2195 Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem
 - VO (EU) 2016/631 Netzanschlussbestimmungen für Stromerzeuger
 - VO (EU) 2016/1388 Lastanschluss
 - VO (EU) 2016/1447 Netzanschlussbestimmungen für Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungssysteme u. nichtsynchrone Stromerzeugungsanlagen mit Gleichstromanbindung
 - VO (EU) 2017/2196 Notzustand und Netzwiederaufbau des Übertragungsnetzes
- Verordnungen enthalten Vorgaben zur „**Deckung**“ der aufgrund der Verpflichtungen aus der jeweiligen Verordnung angefallenen Kosten durch **Netzentgelte** und andere geeignete Mechanismen

Europäische Personalkosten

- BNetzA hat im Rahmen der Prüfung der **Anpassungen der EOG auf Rechtskonformität** die Berücksichtigung der Personalkosten für europäische Projekte zu Recht abgelehnt
- Personalkosten aus europäischen Initiativen bzw. Projekten sind **keine Kosten iSv § 4 Abs. 3 bis 5 ARegV**
- kein Anspruch auf Berücksichtigung **unmittelbar aus den EU-Verordnungen**
 - wäre im Regelungsgefüge der ARegV durch Anpassung der EOG gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1a i.V.m. § 5 Abs. 3 ARegV oder auch § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV umzusetzen

Umstrukturierungsinvestitionen

Senat , Beschl. v. 10.08.2022 (VI-3 Kart 105/21)

- präventive **Objektschutzmaßnahmen** zum Schutz der für den Energietransport notwendigen Anlagen (-teile) des Übertragungs-/Fernleitungsnetzes gegen äußere, namentlich terroristische Angriffe können genehmigungsfähige Umstrukturierungsinvestitionen iSd § 23 Abs. 1 Satz 1 ARegV sein
- Erhöhung der **Versorgungssicherheit/Stärkung der Resilienz** der Netzkomponenten stellt eine Veränderung von sonstigen für den Netzbetrieb erheblichen technischen Parametern dar

Umstrukturierungsinvestitionen

- Fehlen eines **unmittelbaren Bezugs zur Transportfunktion** steht nicht entgegen
- ausreichend, dass sich die Schutzmaßnahmen auf die für Transport/Verteilung **wesentliche Netzinfrastuktur** beziehen
- Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und Verbesserung der potentiellen Verfügbarkeit des Energieversorgungssystems begründet hinreichenden **mittelbaren Zusammenhang zur Transportfunktion**

Ausblick Eigenkapitalverzinsung

- Festlegung der Eigenkapitalzinssätze für die Regulierungsperiode ab 2023 (Gas) und 2024 (Strom)
- Zinssatz für Neuanlagen 5,07 % (derzeit 6,91 %)
- Zinssatz für Altanlagen 3,51 % (derzeit 5,12 %)
- Basiszinssatz 0,74 % (derzeit 2,49 %)
- Wagniszuschlag (Abbildung des unternehmerischen Risikos) 3,39 %
- 900 Beschwerden von Transport- und Verteilernetzbetreibern
- Beschwerde eines Strom-und Gasanbieters (Netznutzer)
 - Beteiligung anderer NB /Beschwerdeführer an diesem Verfahren abgelehnt
- Termin zur mündlichen Verhandlung: 13. und 21. Juni 2023



Vielen Dank für Ihr Interesse

